

12. Januar 2015
3/15

P r e s s e d i e n s t

Förderung der China-EU School of Law (CESL) verlängert

Eines der bedeutendsten Projekte der europäisch-chinesischen Rechtskooperation, die China-EU School of Law (CESL), wird für weitere dreieinhalb Jahre von der Europäischen Kommission gefördert. Die CESL ist eine Kooperation von vier chinesischen sowie zwölf europäischen Hochschulen und Bildungseinrichtungen, die von der juristischen Fakultät der Universität Hamburg koordiniert wird. Sie dient dem Rechtsaustausch zwischen China und Europa und soll darüber hinaus die Volksrepublik China bei der Schaffung einer Gesellschaft unterstützen, die auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit basiert. Die CESL wurde 2008 gegründet und durch den damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und den damals amtierenden chinesischen Vizepremierminister, Li Keqiang, eingeweiht. Das Projekt, dessen Gesamtvolumen sich auf rund 30,5 Millionen Euro beläuft, wird von der Europäischen Kommission mit circa 18 Millionen Euro gefördert.

Die CESL bietet u. a. das einjährige Masterprogramm „Master of European und International Law“ (MEIL) an der Partneruniversität China University of Political Science and Law (CUPL) in Peking. Es richtet sich sowohl an chinesische als auch an ausländische Studierende, die bereits einen ersten Abschluss in Rechtswissenschaften haben. Der Master of Laws (LL.M.) wird von der Universität Hamburg verliehen. Internationale Jura-Studierende haben auch in jedem Herbstsemester die Möglichkeit, das einsemestrige Programm „Chinese Law Taught in English“ (CLTE) in Peking zu belegen und damit eine Einführung in das chinesische Recht sowie in die chinesische Rechtskultur zu erlangen. Darüber hinaus veranstaltet die CESL Fortbildungskurse für Juristinnen und Juristen, organisiert Konferenzen, Gastvorträge und Seminare in China und fördert die sino-europäische Forschung durch Stipendien.

Zu dem internationalen Konsortium, das die CESL betreibt und finanziert, gehören neben der Universität Hamburg die Universitäten Autonome Universität Madrid (Spanien), Bologna (Italien), Krakau (Polen), Lund (Schweden), Leuven (Belgien), Manchester (Großbritannien), Maastricht (Niederlande), Straßburg (Frankreich), Central European University und Eötvös Loránd Universität Budapest (Ungarn) sowie das Trinity College Dublin (Irland). Auf chinesischer Seite wirken die China University of Political Science and Law, die Tsinghua Universität, das Chinesische Staatsanwaltskolleg (National Prosecutors College) und das Chinesische Richterkolleg (National Judges College) mit. Die Arbeit wird ferner von einer Vielzahl assoziierter Institute und Unternehmen unterstützt.

Für Rückfragen:

Prof. Dr. Hinrich Julius
Lehrstuhl für Rechtsdialog mit Schwellenländern
Fakultät für Rechtswissenschaft
Tel.: 040 42838-5894, E-Mail: hinrich.julius@jura.uni-hamburg.de